

37. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolution: Die Ziele des Pariser Klimaabkommens konsequent umsetzen

Auf dem 37. Deutschen Evangelischen Kirchentag (19. – 23. Juni 2019) wurde in der Veranstaltung „Von der Kohle zur Sonne. Weichenstellungen in der Energie- und Klimapolitik“ (Zentrum Stadt und Umwelt) die Resolution wie aufgeführt eingebracht und nach den Verfahrensregeln des Kirchentages abgestimmt.

Diese Regeln besagen u.a.:

- Der Resolutionstext enthält klare Forderungen und Adressat*innen. Auf nicht überprüfbare Fakten wird in der Argumentation verzichtet.
- Mehr als 500 Teilnehmende sind zur Abstimmung anwesend.
- Nach dem Verlesen der Resolution besteht die Möglichkeit zu einer Gegenrede.
- Die Abstimmung erfolgt öffentlich mit der Möglichkeit der Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung.

Die große Mehrheit der an dieser Veranstaltung teilnehmenden Personen unterstützte das Resolutionsanliegen.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag befürwortet, dass die Pilgerbasis Paris 2015, das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit und Familie Galler (Berlin) mit diesem deutlichen Votum die Resolution überreichen.

Im Namen unserer Teilnehmenden bitten wir alle Adressat*innen, sich mit den aufgeführten Forderungen auseinanderzusetzen und in einen konstruktiven Dialog mit den Antragstellenden zu treten.

Rückfragen zum Resolutionsverfahren des Deutschen Evangelischen Kirchentages senden Sie bitte an jederzeit gern resolutionen@kirchentag.de.

Für den Kirchentag

Hans Leyendecker

Präsident

37. Deutscher Evangelischer Kirchentag

37. Deutscher Evangelischer Kirchentag – Resolution „Die Ziele des Pariser Klimaabkommens konsequent umsetzen“

Adressat*innen: Klimapolitische Sprecher*innen der Bundestagsfraktionen (Marie-Luise Dött, CDU/CSU; Carsten Träger, SPD; Karsten Hilse, AfD; Judith Skudelny, FDP; Ralf Lenkert, Die Linke; Lisa Badum, B90/Die Grünen); Ständige Mitglieder des Klimakabinetts (Angela Merkel, Bundeskanzlerin; Olaf Scholz, BMF; Svenja Schulze, BMU; Horst Seehofer, BMI; Peter Altmaier, BMWi; Julia Klöckner, BMEL; Andreas Scheuer, BMVI; Helge Braun, Kanzleramtschef; Steffen Seibert, Regierungssprecher); Ministerpräsidenten der Bundesländer (Winfried Kretschmann, BW; Markus Söder, BY; Michael Müller, BE; Dietmar Woidke, BB; Carsten Sieling, HB; Peter Tschentscher, HH; Volker Bouffier, HE; Manuela Schwesig, MV; Stephan Weil, NI; Armin Laschet, NW; Malu Dreyer, RP; Tobias Hans, SL; Michael Kretschmer, SN; Reiner Haseloff, ST; Daniel Günther, SH; Bodo Ramelow, TH); Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Gewerkschaften ver.di und IG BCE, Rat der EKD, Kirchenleitungen der Ev. Landeskirchen in Deutschland, Deutsche Bischofskonferenz

Antragstellende: Pilgerbasis Paris 2015, Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit, Familie Galler (Berlin)

Ansprechpartner: Wolfgang Löbnitz

Veranstaltung: Von der Kohle zur Sonne. Weichenstellungen in der Energie- und Klimapolitik
Zentrum Stadt und Umwelt, Freitag 21.6.2019, 15.00–17.30, Halle 3,
Bereich Westfalenhallen

Resolution:

Die Klimakrise bedroht die Stabilität der Ökosysteme. Wird das verbleibende enge Zeitfenster nicht zur Umsteuerung genutzt, ist mit Schäden zu rechnen, die für Millionen von Menschen in vielen Teilen der Erde eine existenzielle Bedrohung darstellen. Bereits 2015 bei Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens war jedoch klar, dass die vorliegenden nationalen Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf das Ziel von 1,5°C zu begrenzen. Ambitioniertere Anstrengungen sind erforderlich, aber das Gegenteil davon ist bisher der Fall - auch in Deutschland! Nicht nur das Ziel 2020 von 40% Treibhausgasminderungen (bzgl. 1990) wird deutlich verfehlt. Ohne entscheidende Weichenstellungen in 2019 sind auch die Ziele 2030 und 2050 gefährdet, denn es wird von Jahr zu Jahr schwieriger, die wachsende Lücke zu schließen. Seit Monaten setzen allein in Deutschland zehntausende Schüler*innen ein Zeichen für konsequentes Eintreten gegen die Klimakrise. Wir zollen ihnen großen Respekt und unterstützen das Anliegen der jungen Generation. Ihr eindringlicher Ruf ist angesichts des zögerlichen Handelns in Politik und Gesellschaft mehr als berechtigt. Wir rufen deshalb zur Solidarisierung mit dem Anliegen von „Fridays for Future“ auf.

Wir fordern Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat auf,

- 2019 ein sektorübergreifendes und mit Sanktionen belegtes Klimaschutzgesetz zu verabschieden, das die Treibhausgasreduzierung entsprechend des 1,5°C-Zieles garantiert,
- mit Blick auf die Pariser Ziele den „Klimaschutzplan 2050“ zu schärfen, um schon bis 2035 das Netto-Null-Ziel zu erreichen,
- bis 2025 mindestens die Hälfte der Kohlekraftwerke abzuschalten und den Strukturwandel in den betroffenen Regionen sozial abzufedern,
- den Bestand aller noch von Tagebauten bedrohten Dörfer wie auch den Erhalt des Hambacher Waldes zu sichern,
- die Bepreisung aller Treibhausgasemissionen einzuführen und sich für eine europäische Regelung einzusetzen,
- alle umwelt- und klimaschädlichen Subventionen schnellstmöglich in sozial verträglicher Weise abzubauen,
- entschieden für den Aufwuchs der internationalen Klimaschutzfinanzierung einschließlich Entschädigungs-, und Anpassungsleistungen einzutreten.



Wir bitten die Evangelische Kirche in Deutschland sowie alle Landeskirchen und Gemeinden,

- zu vermitteln, dass der Einsatz für den Erhalt der Schöpfung das Glaubensbekenntnis an den „Schöpfer des Himmels und der Erden“ glaubwürdig macht,
- klar zu benennen, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit nicht nur politische und technische Herausforderungen sind, sondern Fragen, die sich jeder auch persönlich stellen muss – ohne Verzicht unsererseits wird es nicht gehen,
- darauf hinzuwirken, dass Gemeinden Orte des Aufbruchs sind, wo Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Alltag Schritt für Schritt umgesetzt werden,
- die ökumenische Bewegung für Klimagerechtigkeit zu unterstützen, die Christen unterschiedlicher Konfessionen vereint und die Wahrnehmung der Kirchen stärkt.